Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 233. Mittwoch, 6. Oktober 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 5 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Thoiry-Krise.

Man kann Optimist sein. Man kann zuversichtlich an die Möglichkeit einer Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich glauben. Aber man kann sich nicht länger der Erkenntnis verschließen, daß Thoiry sich heute ungleich anders präsentiert als damals, wo die Welt noch unter dem Eindruck des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund stand. Das französische Kabinett hat wohl beschlossen, im Prinzip die Momente, die Thoiry bot, weiter zu behandeln. Aber die Behandlung, die das offizielle Paris dem deutsch-französischen Fragenkomplex angedeihen läßt, läßt nicht gerade darauf schließen, daß die Verständigung auf dem Wege ist. Man macht Dr. Stresemann den Vorwurf, durch seine Reden das Mißtrauen Frankreichs der deutschen Politik gegenüber zum mindesten nicht gemildert zu haben. Die Kriegsschuldfrage und die blutigen Vorfälle im Rheinland dienen dem Quai d'Orsay nur dazu, neue Vorwürfe gegen das benachbarte Deutschland zu häufen. Es liegt geradezu ein System darin, wie die französische große Oeffentlichkeit, also in der Hauptsache die Pariser Presse, es versucht, schon jetzt Deutschland für ein evtl. Scheitern der Verständigungsverhandlungen verantwortlich zu machen. Betrachtet man die Haltung der maßgebenden Pariser Zeitungen in der Ueberzeugung, daß sie die Stimmung und den politischen Kurs des Kabinetts widerspiegeln, so wird man zu der Ansicht kommen müssen, daß ein praktisches Ergebnis der Thoiry-Aussprache schwerlich erwartet werden kann. Immer rücksichtsloser und offensichtlicher tritt in der Presse die Meinung zutage, daß eine Räumung des Rheinlandes, die doch schließlich die Grundlage jeder Verständigung sein müßte, im Augenblick wenigstens nicht im Interesse Frankreichs läge. Man bezeichnet es als unmöglich, auf Grund von Thoiry sofortige Vorteile dem Reich zu gewähren. Und auch das Wenn und Aber der Zeitungen, die sich zu einer etwas milderen Auffassung bequemen, ist so gehalten und derartig mit Vorbehalten verquickt, daß man sehr schwer verstehen kann, welcher praktische Nutzen sich für Deutschland aus diesen Verhandlungen schließlich ergeben könnte.

Es wäre zu wünschen, wenn die etwas mehr linksorientierten Kreise in Deutschland den Auslassungen der Pariser Presse in den kommenden Tagen eine erhöhte Beachtung schenken würden. In der Forderung, daß die Räumung des besetzten Gebietes die Hauptvoraussetzung einer Verständigung ist, gibt es kein uneiniges Deutschland. Wie weit die große Oeffentlichkeit der Seinestadt geneigt ist, diesen deutschen Gedankengängen Raum zu geben, zeigt einer der letzten Leitartikel des Temps. In seinem Inhalt eine einzige flammende Entrüstung darüber, daß nun „sogar" auch von seiten der deutschen Linksparteien die sofortige Beendigung der Besetzung gefordert wird. Man sieht also, die Pariser Presse macht mit ihren Vorwürfen keineswegs Halt vor den deutschen Kreisen, denen der Augenblick für die Verständigung gekommen zu sein scheint. Vorwürfe, nichts als Vorwürfe. Es liegt ein System darin. Und der Zweck dieses Systems? Wenn Thoiry wirklich zusammenbricht, dann soll die Welt überzeugt sein, daß nur Deutschland die Schuld an dem Zusammenbrechen der Hoffnungen einer ganzen Welt trägt. Nicht aber Frankreich, das friedensbereite, verständigungsgewillte, das großmütige Frankreich.

Aber schließlich, vor einigen Wochen war doch die Pariser Lesart ganz anders. Woher dieser plötzliche Meinungsumschwung? Daß Deutschland die Räumung des besetzten Gebietes als Voraussetzung für eine Verständigung fordern würde, das war doch schon damals bekannt, als die Pariser Gazetten sich noch für Thoiry einsetzten. Der Grund für diesen Stimmungswechsel muß also in anderen Momenten liegen. Nicht die Kriegsschuldfrage und Germersheim haben die französische Begeisterung für eine Verständigung abgekühlt. In erster Linie scheint die Ernüchterung darauf zurückzuführen sein, daß man in Paris vor den Schwierigkeiten zurückschreckt, die sich in bezug auf die Schuldenfrage mit Amerika ankündigen. Also mit anderen Worten, die Haltung Amerikas in der Frage der deutschen Eisenbahnobligationen hat Paris schon jetzt überzeugt, daß aus dem geschäftlichen Teil der Aussprache in Thoiry nicht viel werden wird. Ein Pariser Mittagsblatt zieht die kennzeichnende Folgerung: „Unter diesen Umständen hat die deutsch-französische Annäherung völlig ihren aktuellen Charakter verloren". Gibt es einen treffenderen Beweis für die Annahme, daß Frankreich nur nach Thoiry ging, um lediglich ein Geschäft zu machen? Das Geschäft scheint sich nun zu zerschlagen. Da hat es Paris auch nicht mehr nötig, die Pose des Versöhnungsbereiten beizubehalten.

Zur Auseinandersetzung mit den Hohenzollern.

Berlin. (Funkspruch.) Zu der Frage der Auseinandersetzung mit den Hohenzollern erfährt das Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungsverleger, daß der preußische Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff mit den Vorständen der einzelnen Fraktionen des preußischen Landtages Besprechungen gepflogen hat. Ein endgültiges Ergebnis über die Stellung der einzelnen Fraktionen liegt bisher noch nicht vor.

In vertraulicher Sitzung hatte sich der Aeltestenrat des Staatsrates gleichfalls mit der Frage beschäftigt. Von dem Ergebnis der Besprechung wird es abhängig sein, ob und wann die preußische Staatsregierung mit einer Vorlage kommen wird.

Der Rücktritt Severings.

Der Berliner Polizeipräsident Grzesinski (Soz.) zum Minister des Innern ernannt.

Berlin. (Funkspruch.) Wie der amtliche preußische Pressedienst meldet, hat der Minister des Innern Severing den preußischen Ministerpräsidenten gebeten, ihn mit Rücksicht auf seine erschütterte Gesundheit von seinem Amte zu entbinden. Ministerpräsident Braun hat sich den vom Minister des Innern vorgebrachten Gründen nicht verschließen können und hat an seiner Stelle den Polizeipräsidenten von Berlin, Grzesinski, Mitglied des Landtages, zum Staatsminister und Minister des Innern ernannt.

Auf das Rücktrittsgesuch hat Ministerpräsident Braun namens des Staatsministeriums mit einem Schreiben geantwortet, in dem er namens der Staatsregierung Minister Severing für die dem Vaterlande in schwerster Zeit geleisteten Dienste herzlichen Dank ausspricht und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß Severing nach Wiederherstellung seiner Gesundheit sich wieder in alter körperlicher und geistiger Frische dem Dienste am Volke widmen könne.

Pressestimmen zum Rücktritt Severings.

)(**Berlin.** In den Artikeln, die dem scheidenden Minister Severing gewidmet sind, wird seine Amtstätigkeit in Preußen je nach der Parteistellung der Blätter beurteilt.

Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt: Ohne Zweifel hat Severing an der Spitze des eigentlichen politischen Ministeriums in Preußen ein ungewöhnliches Maß von Zielbewußtsein und Energie entwickelt. Im ganzen war Severing als Staatsminister bewußter und rücksichtsloser sozialdemokratischer Parteimann.

Im „Lokalanzeiger" heißt es: Severing soll wahrheitsgemäß bescheinigt werden, daß er mit reinen Händen den Staatsdienst wieder verläßt. Jedoch betont das Blatt, daß die Amtstätigkeit Severings schärfste politische Bedrückung seitens eines Regimes gewesen sei, das angeblich auf Freiheit und Gleichheit gegründet sei.

Die „Tägliche Rundschau" hebt hervor, daß Severing, wenn er auch in seiner Ministerstellung jeder Zoll ein Parteimann gewesen sei, die Ruhe und Ordnung im Staate auch in schweren Zeiten aufrecht erhalten habe.

Das „Berliner Tageblatt" sagt: Wir hoffen, daß der Tag der Rückkehr Severings zu aktiver politischer Betätigung bald kommen wird.

Nach dem „Vorwärts" hat Severing in langen und an unendlich harter Arbeit reichen sechs Jahren erreicht, daß das einstige Preußen der Junker heute als der festeste Hort der demokratischen Republik Deutschland dasteht.

Zur Frage einer Regierungsumbildung in Preußen.

* **Berlin.** Die Meldung von dem erfolgten Rücktritt des preußischen Innenministers Severing hat in politischen Kreisen nicht überrascht, da ja bereits seit längerer Zeit die Absicht des Herrn Severing, wegen seines erschütterten Gesundheitszustandes zu demissionieren, bekannt war. Nach verschiedenen anderen Lösungsversuchen hatte man angenommen, daß Minister Severing endgültige Beschlüsse erst nach der Berliner Polizeiausstellung fassen würde. Ursprünglich bestand nur die Absicht, unter voller Aufrechterhaltung des jetzigen Ministeriums nur den Austausch von Persönlichkeiten vorzunehmen. In Anbetracht der analogen Bestrebungen im Reiche wurde dann aber auch die Umbildung der preußischen Regierung in den Kreis der Erwägungen gezogen. Daraus erklärt es sich, daß die erste Fühlungnahme über die Regierungsverbreiterung nicht offiziell durch die Fraktionen, sondern nur in persönlichen Unterhaltungen einzelner Abgeordneter erfolgte. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge ist es noch keineswegs sicher, daß das Rücktrittsgesuch des Ministers Severing die Frage einer Umbildung der preußischen Regierung im Sinne der Großen Koalition zur Folge haben wird, da die Vorbesprechungen noch keineswegs abgeschlossen sind. Vor allem muß der Landtag erst wieder voll versammelt sein, dessen Plenarsitzungen bekanntlich am morgigen Mittwoch wieder beginnen. Erst dann werden die Fraktionen zu diesem Problem Stellung nehmen können.

Es ist indessen verfrüht, schon von irgendwelchen Ministerlisten zu sprechen, obwohl bereits in den Vorbesprechungen gewisse Wünsche zur Sprache gekommen sind. So wird von seiten der Sozialdemokratie für das preußische Innenministerium nach wie vor als aussichtsreichster Kandidat der Lüneburger Regierungspräsident Dr. Krüger genannt. Neben ihm nennt man auch den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski. Es scheint jedoch, daß einstweilen Herr Krüger die größeren Aussichten hat, weil man sich auch in Kreisen der Sozialdemokratie nicht der Ansicht verschließt, daß die bevorstehenden großen innerpolitischen Probleme (Finanzausgleich und Verwaltungsreform) an dieser Stelle einen Mann mit langer Verwaltungspraxis erfordern.

Die Volkspartei hat als Fraktion zu diesen Anregungen noch nicht Stellung genommen. Soweit bisher aus ihren Kreisen bekannt geworden ist, ist sie jedoch zur Uebernahme der Regierungsverantwortung nur bereit, wenn ihr entsprechende Zusagen für die Mitarbeit auf den entscheidenden Verwaltungsposten gegeben werden. Man scheint damit zu rechnen, daß der Volkspartei besonders zwei Ministerien zufallen sollen, nämlich das Unterrichtsministerium, für das als aussichtsreichster Anwärter der frühere Minister Böttitz in Frage kommt, sowie das Justizministerium, für das verschiedentlich der Kasseler Landgerichtsdirektor Eichhoff genannt wird.

Das Verbleiben der Minister Hirtsiefer (Volkswohlfahrt) und Steiger (Landwirtschaft) gilt einstweilen als sicher. Ebenso dürfte der gegenwärtige Ministerpräsident Braun im Amte bleiben. Den ursprünglichen Plan, dem jetzigen preußischen Finanzminister Höpker-Aschoff das Innenministerium zu geben und dadurch das Finanzressort für die Volkspartei frei zu machen, hat man vorläufig fallen gelassen, da besonders von den Regierungsparteien die Ansicht vertreten wird, daß Minister Höpker-Aschoff gerade wegen der schon eingeleiteten Verhandlungen für den Finanzausgleich auf seinem Posten bleiben müsse.

Vor der Rückkehr des Reichskanzlers.

Berlin. (Funkspruch.) Reichskanzler Dr. Marx wird im Laufe des Donnerstag von seinem diesjährigen Sommerurlaub zurückerwartet. Staatssekretär in der Reichskanzlei Dr. Pünder ist ihm heute entgegengefahren, um ihm über die wichtigsten politischen Angelegenheiten Bericht zu erstatten.

Entgegen Pressenachrichten trifft es nicht zu, daß am Donnerstag nachmittag sich das Reichskabinett mit auswärtigen Angelegenheiten befassen wird. Der Herr Reichskanzler wird am Freitag der Tagung des deutschen Beamtenbundes beiwohnen und angesichts der Kundgebung eine Ansprache halten. Am kommenden Sonntag wird er im Rahmen einer von der Reichszentrale für Heimatdienst in Essen veranstalteten großen Werktagung daselbst eine größere politische Rede halten. Seine Rückkehr und die Wiederaufnahme seiner amtlichen Geschäfte ist nach einem kurzen Besuch der Gesolei in Düsseldorf für kommenden Dienstag in Aussicht genommen.

Die vorbereitende Abrüstungskommission.

* **Genf,** 6. Oktober. Der sogenannte gemischte Ausschuß der vorbereitenden Abrüstungskommission hat am gestrigen Dienstag seine seit dem 30. September geführten Beratungen vorläufig beendet. Seine Aufgabe besteht in der Prüfung der wirtschaftl. u. industriell. Seite gewisser Abrüstungsprobleme. So hatte der Ausschuß mit zu untersuchen, ob die chemische Industrie Giftgase für den Krieg herstelle und ob die bisher bestehenden chemischen Fabriken dazu umgestellt werden könnten, sowie durch welche Mittel der Gastrieg zu verhindern ist. Die letztere Frage ist einmütig dahin beantwortet worden, daß die chemischen Industrien der verschiedenen Länder dahingehende Abkommen miteinander abschließen, und daß die Fabrikation und Verwendung von Giftgasen konventionell unter Strafe gestellt werden sollen. Der Antrag, ob nicht nur die Herstellung, sondern auch die Verwendung von Giftgasen verfolgt werden könne, ist vom deutschen Vertreter gestellt und angenommen worden.

Der deutsche Vertreter, Staatssekretär von Moellendorf, hat für die nächste Tagung des gemischten Ausschusses, die am 19. Oktober in Paris beginnt, auch einen Bericht vorbereitet über die Hindernisse wirtschaftlicher Natur, die einer internationalen Kontrolle der Abrüstungsmaßnahmen im Wege stehen.

Weiter hat der Ausschuß darüber sein Urteil zu formulieren, ob gegen die Verletzung von eventuellen Abrüstungskonventionen ähnliche Sanktionen geschaffen werden könnten, wie sie in dem Artikel 411 bis 420 der internationalen Arbeitsverfassung bei Nichtausführung oder Verletzung der internationalen Arbeitskonvention vorgesehen sind. Der Ausschuß behandelte die Frage in der Weise, daß er die Schaffung eines Untersuchungsausschusses vorschlägt, der von Fall zu Fall auf Grund des vorliegenden Materials und wenn nötig, sogar durch Untersuchungsmaßnahmen an Ort und Stelle zu amtieren hätte.

Dr. Geßler beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkspruch.) Der Herr Reichspräsident, der gestern abend von seinem kurzen Erholungsurlaub auf dem Lande nach Berlin zurückgekehrt ist, nahm heute vormittag den Vortrag des Reichswehrministers Dr. Geßler entgegen.

Revolutionäre Bewegung in Brasilien.

London. (Funkspruch.) Nach einer Reutermeldung aus Buenos Aires ist in Matto Grosso an der Grenze Boliviens eine revolutionäre Bewegung ausgebrochen, an deren Spitze General Prestes steht. Die Regierung hat energische Maßnahmen ergriffen, um den Aufstand niederzuschlagen.

SLUB
Wir führen Wissen.